

Kommentar

## Rappen spalten beim Klimaschutz

Von Ion Karagounis

Den Einräppler wird es bald nicht mehr geben, dafür nach dem Klimarappen I auf Treibstoffe bald den Klimarappen II auf Brennstoffe. Diesen soll der Nationalrat in der Frühjahressession beschliessen und dafür auf die CO<sub>2</sub>-Abgabe verzichten, wenn es nach dem Wunsch von Energieversorgungs- und Gewerbekreisen geht. Mit dem von der Wirtschaft freiwillig erhobenen Klimarappen sollen Massnahmen zur Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstosses finanziert werden. Die Abgabe dagegen würde direkt an die Haushalte und an die Unternehmen zurückerstattet. Statt einer effizienten und marktkonformen CO<sub>2</sub>-Abgabe, die genügend unternehmerischen Freiraum lässt, drohen neue Subventionen.

Rappen tönt nicht nur nach wenig, es ist auch wenig. Nämlich rund ein Sechstel der vom Bundesrat vorgeschlagenen CO<sub>2</sub>-Abgabe. Die Gefahr, damit jemanden zu verärgern, ist klein. Genau so gering ist die Chance, dass der Rappen wirkt und sich damit die Vorgaben des CO<sub>2</sub>-Gesetzes und des Kyotoabkommens erfüllen lassen.

Mit der Rappenspalterei ist der Tiefpunkt eines griffigen Klimaschutzes erreicht. Der Abstieg begann im Jahr 2000, als das Schweizer Volk auf Drängen der Wirtschaft und bürgerlicher Politiker drei Energievorlagen verwarf. Als Ersatzlösung wurde das CO<sub>2</sub>-Gesetz propagiert. Es verlangt die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Abgabe, falls sich zeigen sollte, dass die Reduktionsziele mit freiwilligen Massnahmen nicht zu erreichen sind. Als dann 2004 die Abgabe tatsächlich drohte, schlug die Erdölvereinigung den Klimarappen auf Treibstoffe als Alternative vor und der Bundesrat griff die Idee auf. Das Unschöne daran: man kuschte dort, wo der CO<sub>2</sub>-Reduktionsbedarf am grössten ist, beim Verkehr. Kein Wunder, zogen Hauseigentümerverband und Gewerbekreise nach und stellen jetzt den Klimarappen II auf Brennstoffe zur Diskussion.

Natürlich ist es positiv, wenn die Wirtschaft Umweltprobleme selber löst. Das gewählten Methoden hingegen irritieren. Was die Wirtschaft beim Staat stets kritisiert, ist ihr selbst plötzlich recht: ineffiziente Subventionen. Der Klimarappen erfordert eine aufwändige Beurteilung bei der Vergabe, sofern die Mittel gezielt und nicht nach dem Gieskannenprinzip verteilt werden sollen. Die CO<sub>2</sub>-Abgabe dagegen entfaltet ihre Wirkung allein über den erhöhten Preis. Ob und welche Massnahmen ein Unternehmen gegen den CO<sub>2</sub>-Ausstoss ergreift, bleibt ihm frei überlassen. Es kann auch nichts tun, sofern es zu zahlen bereit ist.

Sollte auf die Abgabe verzichtet werden, bezahlen jene Unternehmen die Zeche, die in den letzten Jahren Vorinvestitionen getätigt haben im Vertrauen auf eine kräftige Abgabe. Doch auch die Steuerzahler werden zur Kasse gebeten: Erfüllt die Schweiz die Vorgaben des Kyotoabkommens dereinst nicht, wird sie auf dem internationalen Markt Emissionszertifikate kaufen müssen. Dies kostet nach ersten Schätzungen wohl mehrere hundert Millionen Franken.

Seit Jahren fordern bürgerliche Politiker mehr Markt statt Staat. Doch jetzt, wo sie eine marktkonforme CO<sub>2</sub>-Abgabe beschliessen könnten, scheint alles vergessen. Die Angst vor der Effizienz der Abgabe ist wohl zu gross, Subventionen zu verteilen einfacher. Wer es genauer wissen will, fragt am besten bei den Bundespolitikern nach. Auf [www.schnar.ch](http://www.schnar.ch) beantworten sie alle Fragen zur Klimapolitik.

([ion.karagounis@karagounis.ch](mailto:ion.karagounis@karagounis.ch))

---